

Antragsbereich A / Antrag 7/III/2023

AntragstellerInnen: Jusos München

Empfänger: Unterbezirksparteirat

Stadtratsfraktion

7/III/2023: Burschis anfechten - kommunale Strategie gegen rechte Studierendenverbindungen

1 In einer Gesellschaft, in der rechtspopulistische und rechtsextreme Stimmen
2 immer mehr Zuspruch bekommen, ist der Kampf für eine offene und solidarische
3 Demokratie wichtiger denn je. Oft liegt der Fokus der öffentlichen Debatte beson-
4 ders auf rechtsextremen Parteien und Bündnissen, welche unsere Demokratie auf
5 der Straße und in den Parlamenten aktiv bekämpfen. Weniger Aufmerksamkeit
6 bekommen hierbei rechte bis rechtsextreme und christlich-fundamentale Studie-
7 rendenverbindungen und Burschenschaften. Diese studentischen Männerbünde
8 werden aufgrund ihrer langen Tradition teilweise als legitimer Bestandteil unse-
9 rer Gesellschaft wahrgenommen, wenngleich einige Studierendenverbindungen
10 völkisches, antisemitisches und antifeministisches Gedankengut vertreten, anti-
11 demokratische Strukturen und Netzwerke bis weit hinein in die rechtsextreme
12 Szene mit Organisationen und Parteien wie die Identitäre Bewegung, Junge
13 Alternative, NPD oder AfD pflegen.

14

15 Nicht alle Studierendenverbindungen und Burschenschaften sind gleich zu sehen
16 und nicht alle sind rechtsextrem. Gleichzeitig sind diejenigen Verbindungen,
17 die im konservativen oder christlichen politischen Spektrum unterwegs sind oft
18 ein Feigenblatt für die Legitimation anderer, extremer rechter Gruppierungen.
19 Daraus und aus der oft antifeministischen Grundhaltung auch unpolitischer
20 Studierendenverbindungen leiten wir eine Kritik an Burschenschaften insgesamt
21 ab, insbesondere stehen aber im Fokus dieses Antrags und unserer Kritik vor
22 allem die extremen rechten Verbindungen.

23

24 Insbesondere Studierendenverbindungen, die unter dem Dachverband der
25 "Deutschen Burschenschaft (DB)" organisiert sind, können als offen rechts bis
26 rechtsextrem eingestuft werden. Am Beispiel von München trifft dies auf die Ver-
27 bindungen Alemannia, Cimbria, Stauffia und Danubia zu, während letztere vom
28 bayerischen Verfassungsschutz als "rechtsextrem" eingestuft und beobachtet
29 wird. Werte wie "Ehre-Freiheit-Vaterland", "Abstammung", "Siedlungsraum in
30 Europa" oder "Volksgemeinschaft" sowie das Absingen aller drei Strophen des
31 Deutschlandliedes werden hier offen propagiert und zeigen das wahre Gesicht ei-
32 niger Studierendenverbindungen, deren ehemaligen Mitglieder oftmals wichtige
33 Positionen in Politik und Wirtschaft besetzen. Auch die Schlagzeilen antisemi-

34 tischer Liederbücher rechter Studierendenverbindungen in Österreich und die
35 Verstrickungen mit der FPÖ zeugen von einem weit verzweigten Netzwerk und
36 einer antisemitischen, völkisch-nationalen und rechtsextremen Weltanschauung.
37

38 Die Tatsache, dass diese oft "pflichtschlagenden" Verbindungen im Besitz von
39 Waffen und bei der Durchführung von sogenannten "Mensuren" schwere Unfälle
40 keine Seltenheit sind, verstärkt die von rechten Studierendenverbindungen
41 ausgehende Gefahr gegenüber der Gesellschaft. Ein weiteres Problem bilden die
42 toxisch-männlichen Hierarchie-Strukturen innerhalb der männlichen Studieren-
43 denverbindungen selbst. Hierbei sind Demütigungen und menschenunwürdiges
44 Verhalten "alter Burschis" gegenüber neuen Anwärtern, einem sogenannten
45 "Fuchs" oder auch "Fux", häufiger Teil des Alltags. Junge Menschen werden
46 so oftmals durch den bestehenden Gruppenzwang und die Befehlskultur zu
47 gefährlichen Mutproben und gesundheitsschädlichen Trinkgelagen gezwungen
48 und sind häufig Opfer von übergriffigem Verhalten.

49
50 Für uns als antifaschistischer und feministischer Jugendverband ist eine Toleranz
51 von rechtsextremen und patriarchalen "Elite-Verbänden" mit Verbindungen
52 in Politik und Wirtschaft nicht hinnehmbar und muss daher konsequent be-
53 kämpft werden. Rechte Studierendenverbindungen spiegeln nicht die Realität
54 einer demokratischen, toleranten und solidarischen Gesellschaft wider und die
55 regelmäßigen Gewalttaten, ihre nationalistische, antisemitische und antifemi-
56 nistische Grundhaltung und die Netzwerke bis weit in die rechtsextreme Szene
57 zeigen das wahre Gesicht der sogenannten "Bünde fürs Leben".

58
59 **Forderungen:**

60
61 Wir fordern daher eine kommunale Strategie der Stadt München zur konse-
62 quenten Bekämpfung rechter Studierendenverbindungen. Es muss ein Schutz
63 für junge Menschen gewährleistet werden, die oftmals ungewollt in die Fänge
64 rechter Verbindungen geraten, sich dort radikalieren und ein Ausstieg nur
65 schwer möglich ist. Die Strategie der Stadt München soll als Vorbild für weitere
66 Universitätsstädte dienen. Untere anderem sollen folgende Punkte teil dieser
67 Strategie sein:

68
69 **Etablierung anonymer Hilfsangebote für Mitglieder von Studierendenverbin-**
70 **dungen**

71
72 Studierendenverbindungen setzen häufig auf eine klar hierarchische Struktur,
73 welche in der Regel zu einem künstlich erzeugten Machtgefälle zwischen den
74 einzelnen Mitgliedern führt. Insbesondere neue oder "niedriger gestellte Mitglie-
75 der" werden in solchen Strukturen häufig Opfer von physischer oder psychischer
76 Gewalt. Besonders hervorzuheben sind hierbei rechte Burschenschaften, in

77 deren Struktur Demütigungen, übergriffiges Verhalten und Gewalt als “normal”
78 angesehen werden. Aufgrund der Tatsache, dass die Täter*innen häufig in der
79 Hierarchie höher gestellt sind, sowie durch einen stark ausgeprägten Korpsgeist,
80 ist das Ersuchen von Hilfe innerhalb der Organisation ohne Konsequenzen so gut
81 wie unmöglich. Eine externe Meldestelle kann daher als anonyme und externe
82 Anlaufstelle dienen und der Stadt eine Übersicht zur Situation innerhalb der
83 Strukturen geben.

84

85 **Etablierung eines kommunalen Exit Angebots**

86

87 Ein Ausstieg aus rechten Studierendenverbindungen ist aufgrund der teilweise
88 sektenartigen Strukturen nur schwer möglich. Wie einige andere Gemeinshaf-
89 ten setzen auch rechten Studierendenverbindungen auf eine starke Identifikation
90 mit der Gruppe und Widerspruch aus der Öffentlichkeit oder dem familiären
91 Umfeld führt dabei oft zu einer starken Abschottung der Mitglieder. Kombiniert
92 mit einer finanziellen Abhängigkeit sowie Drohungen ist ein Ausstieg mit großen
93 Ängsten verbunden und wird so zusätzlich erschwert. Die Stadt muss daher
94 Aussteigerprogramme mit Fokus auf rechte Studierendenverbindungen entwi-
95 ckeln und fördern. Als Beispiel kann hierbei die Organisation “Exit Deutschland”
96 dienen, welche Aussteiger aus der rechtsextremen Szene aktiv unterstützt und
97 sie auf ihrem Weg begleitet.

98

99 **Verpflichtende Aufklärungsprogramme über die Gefahren von rechten Studie- 100 rendenverbindungen an Universitäten und Hochschulen**

101

102 Studierende, die bisher nicht in Kontakt mit Studierendenverbindungen getreten
103 sind, könnten unwissend in ihre hierarchischen, toxisch-männlichen Strukturen
104 geraten. Dies kann vermieden werden, indem Studierenden das notwendige
105 Wissen (bspw. in Zusammenarbeit mit der Fachinformationsstelle gegen
106 Rechtsextremismus “FIRM”) über die von rechten Studierendenverbindungen
107 ausgehende Gefahr aufgrund der Hierarchien, den Alkoholmissbrauch oder
108 Kontakte in die rechte Szene vermittelt wird. Derartige Aufklärungsprogramme
109 können beispielsweise ein verpflichtender Bestandteil der Einführungsveranstal-
110 tungen für neue Studierenden an allen Hochschulen und Universitäten sein.

111

112 **Keine Werbung für Wohnungen und WG-Zimmer von Studierendenverbindun- 113 gen auf kommunalen Wohnungsportalen**

114

115 Aufgrund der hohen Mietpreise für Wohnungen und WGs können die ver-
116 gleichsweise günstigen Zimmerangebote der Studierendenverbindungen und
117 Burschenschaften attraktiv auf junge Studierende wirken, besonders wenn diese
118 nicht aus München oder dem Umland stammen oder aus ihrem familiären
119 Umfeld entkommen wollen. Dadurch können junge Menschen mit geringen

120 finanziellen Mitteln unabhängig von ihrer politischen Einstellung gewollt oder
121 ungewollt in die Fänge von rechten Studierendenverbindungen geraten. Auch
122 für Studierende, die neu in München sind, wenig bis keine Personen kennen und
123 daher Anschluss suchen, können durch die Angebote der Studierendenverbindungen
124 angezogen werden.

125

126 **Schaffung von mehr bezahlbaren und zentralen Wohnraum für Studierende und** 127 **keine Vergabe städtischer Bauten an Studierendenverbindungen**

128

129 Verbindungen besitzen häufig große Häuser in nächster Nähe zu den Universitä-
130 ten und studentischen Szenevierteln, welche sie gleichzeitig günstig vermieten
131 können. Um einen sozio-ökonomisch begründeten Zulauf zu Studierendenver-
132 bindungen zu verhindern, bedarf es mehr bezahlbaren städtischen Wohnraum
133 für Studierende in zentraler Lage. Zudem darf aufgrund der begrenzten Woh-
134 nungssituation in München kein öffentlicher Wohnraum sowie öffentliche
135 Grundstücke an Studierendenverbindungen vergeben werden.

136

137 **Keine Teilnahme rechter Studierendenverbindungen an öffentlichen Terminen** 138 **und Veranstaltungen**

139

140 Rechten Studierendenverbindungen dürfen keine öffentliche Aufmerksamkeit
141 und Zurschaustellung gewährt werden. Sie sind aufgrund ihrer antisemitischen
142 und völkisch-nationalen Einstellung kein legitimer Teil der öffentlichen
143 Gesellschaft und ein gemeinsames Auftreten von städtischen Einrichtungen
144 oder Mandatsträger*innen mit rechten Studierendenverbindungen gilt es zu
145 unterbinden.

146

147 **Prüfung eines Verbots von Waffen in Studierendenverbindungen**

148

149 Der Zweck einer Studierendenverbindung sollte sich lediglich auf eine gegenseitige
150 Unterstützung während der Studienzeit begrenzen, weshalb eine Notwendigkeit
151 zur Bewaffnung mit Hieb-, Stich- oder Schusswaffen aller Art zu keiner Zeit
152 besteht. Immer wieder kommt es im Rahmen von sogenannten "Mensuren" zu
153 teils schwersten Verletzungen. Eine genaue Anzahl von Verletzungen im Rahmen
154 derartiger - eigentlich verbotener - Fechtduelle ist nicht bekannt. Zudem stellt die
155 Bewaffnung der in Teilen antidemokratischen und rechtsextremen Studierenden-
156 verbindungen eine Gefährdung der Bevölkerung dar. Eine vollständige Entwaffnung
157 dient daher nicht nur den Mitgliedern selbst, sondern auch der öffentlichen
158 Sicherheit.